

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Wagnispreis mit illust. Beilage Post und Zeit für einen Monat einschl. Bringerlohn 1.50 G., für Selbstabholer 1.40 G., Pfa. — Durch die Post 2 G., M. ohne Bestellgeld. — Einzelnummer 10 G., Pfa. — Telegramm für Kontor und Expedition: 22721 u. 24596, für die Inseraten-Abteilung 22721. **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: **Volkszeitung Leipzig**
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 24596

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonellsseite 30 G., Pfa., bei Platzvorricht 35 G., Pfa., Familiennachrichten von Privaten die 10gepalt. Kolonellsseite 15 G., Pfa., Reklameseite 1.50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10gepalt. Kolonellsseite 25 G., Pfa., bei Platzvorricht 40 G., Pfa., Reklameseite 1.75 Goldm. Annahme bis 9 Uhr vorm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Herriot für den Schiedsgerichtsgedanken

Auch Italien für den Schiedsgerichtsgedanken.

M. Genf, 5. September. Herriot begann seine Rede, die etwa 40 Minuten dauerte, mit der Versicherung, Frankreich wolle den Frieden für alle Nationen. Auch das kleinste Land habe denselben Anspruch, in Frieden zu leben, wie ein großes Volk. Frankreich richtet sich in seiner auswärtigen Politik nach den Ideen des Völkerbundes und des Versailler Friedensvertrages. Der Völkerbund habe der Welt bereits große Dienste geleistet. 18 Nationen haben dem Garantiepakt zugestimmt, eine große Anzahl von Völkern haben Einwendungen gemacht. Der Garantiepakt erscheint ihnen zu unbestimmt und nicht ausreichend und sie glauben, daß durch ihn Angriffsrisiko nur schwer verhindert oder dem Angreiffenen nur schwer zu helfen wäre. Frankreich neigt zu einem Schiedsgerichtsvertrag und folgt damit seinen alten Traditionen, denn Leon Bourgeois ist bereits vor Jahren in Genf für einen solchen eingetreten. Herriot betonte seine Auffassung dahin, daß der Angreifer derjenige sei, der sich weigert, sich dem Schiedsgericht zu unterwerfen. „Wir müssen“, sagte Herriot, „eine Spezialkommission zur Bearbeitung des Schiedsgerichtshofsystems einsehen, Frankreich ist bereit, in dieser Kommission mit Eifer mitzuarbeiten. Bei der Kontrolle des Waffenhandels wird Frankreich sich weiter beteiligen. Macdonald hat Recht mit seinem Vorschlag, ein obligatorisches Schiedsgericht einzurichten: eine Idee, die von uns bereits in London bei der Lösung der Reparationsfrage verwirklicht wurde. Schwere moralische Verantwortung ruhe auf der Verlamtung. Wir müssen alle Fragen, die den Frieden betreffen, prüfen. Für uns Franzosen sind die Fragen der Sicherheiten der Entwaffnung und des Schiedsgerichts aufs engste miteinander verbunden. Unsere größte Aufgabe und die erste Pflicht vor der Menschheit ist die Errichtung eines Schiedsgerichts. Eine große Nation, wie Frankreich, kann sich letzten Endes selbst schützen. Die kleinen Nationen sind hierzu nicht in der Lage. Macht und Gerechtigkeit müssen zusammengehen.

Ein neuer Geist muß geschaffen werden.

In der Uebergangszeit gilt es, Ruhe und Vernunft zu bewahren. Die Völker können die Sicherheit gegen den Angriff verlangen, die ihnen gestattet, in Ruhe zu arbeiten. Ohne die Solidarität der Völker ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Eine allgemeine Abrüstungskonferenz könnte einen Misserfolg bedeuten. Sie darf daher nicht ohne Mitwirkung des Völkerbundes einberufen werden. Wir rechnen auch auf die brüderliche Mitarbeit der Vereinigten Staaten. Frankreich hat nur den deutschen Militarismus bekämpft; es hat nie das Abend-Deutschlands gewollt. Frankreich kennt keinen Haß. Es hat den Wunsch nach Veröhnung. Nur die Abrüstung und die wahre Veröhnung können die Einigung Europas wieder herstellen.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird durch die Artikel I und V geregelt.

Wir brauchen ruhige Mitarbeit. Haß kann nie den Haß überwinden. Wir bekämpfen den Bürgerkrieg. Jede Nation hat das Recht auf Frieden. Dieses sind die Anschauungen Frankreichs, und ich gestalte mir, nochmals zu wiederholen: Wir werden uns an den Völkerbundsvertrag halten. Wir wollen ihn lebendig gestalten. Wir verlangen für jede Nation die Rechte, die der Vertrag bietet. Der Frieden, für den wir arbeiten, muß kommen. Die Idee des Friedens besitzt mehr Kraft, als die des Krieges. Schiedsgericht, Sicherheit, Entwaffnung, dieses sind die drei Säulen des Tempels, den wir zu bauen berufen sind. Frankreich bietet ihnen seine Vernunft und sein Herz und sein leidenschaftliches Verlangen nach Klarheit; es strebt nach Frieden, Würde und Arbeit.“

Nach Herriots Rede folgte ein minutenlanges Beifall ein. Nach Herriot betritt Salandra die Tribüne. Er erklärt die Uebereinstimmung mit Macdonalds und Herriots Anschauungen, die auch die Anschauungen Italiens sind. Ein und derselbe Geist müsse alle befeelen. Italien habe nur einen Wunsch: Innerhalb seiner natürlichen Grenzen zu bleiben und erstreckt die friedliche Ausdehnung für seine arbeitssame Bevölkerung. Das Schiedsgerichtsprinzip ist von Italien anerkannt worden. Salandra bezieht sich auf die italienische Beteiligung an dem Schiedsgericht in der Uagera-Frage und auf die Verträge mit Frankreich 1903 und England 1904. Das Prinzip des Schiedsgerichts müsse durch den Völkerbund ausgedehnt und neu belebt werden. An der Lösung des Garantievertrages wolle Italien sich beteiligen, ebenso wie an der Vorstufungsfrage. Wenn es dem Völkerbund gelingt, alle Nationen zu umfassen, dann wird die Tagung als ein großer Erfolg bezeichnet werden können.

Lord Parmoor, mit großem Beifall begrüßt, glaubt an den Sieg der christlichen Liebe. Herriots Grundzüge stimmen im allgemeinen mit den seinen überein. Die kleinste wie die größte Nation müssen ihr Recht finden. Die militärische Macht müsse ausgeschaltet werden. Die Herrschaft des internationalen Rechts und ein internationaler Gerichtshof müssen errichtet werden. Lord Parmoor geht ausführlich auf das zu schaffende internationale Schiedsgericht ein. Im allgemeinen bin ich mit Herriots Rede vollkommen einverstanden, auch in der Anschauung, daß die Sicherheit der kleinen Staaten ebenso gewährleistet werden müsse wie die Sicherheit der großen. Diese Gleichheit werden wir nie erreichen, wenn wir uns auf die militärische Macht stützen. Man darf keine Gewalt anwenden, es muß die Herrschaft des internationalen Rechts vor einem internationalen Gerichtshof, der ein Teil des Völkerbundes sein muß, gesichert werden. Denn wenn ich Macdonald und Herriot richtig verstanden habe, so muß in § 36 des Völkerbundsvertrages die Aufgabe des Internationalen Gerichtshofs im Haag genau festgelegt werden. Die Verpflichtung, sich dem Urteil des Gerichtshofs zu unterwerfen, muß für alle Staaten obligatorisch sein. Ein solches besonderes Garantievertrages bedarf es dann aber nicht mehr, weil er bereits im Völkerbundsvertrag enthalten ist.

M. Genf, 5. September. Die heutige Nachmittags-Sitzung begann mit einer Rede des belgischen Ministerpräsidenten Loo-

is, der lebhaft begrüßt wurde. Er bewies in einem kurzen historischen Ueberblick, daß der Völkerbund keine Utopie ist. Notwendig ist, daß das Vertrauen wiederhergestellt wird. Belgien hat Schwere während des Krieges durchgemacht. Es hat die Lasten des Krieges kaum tragen können, und wird keine Rüstungen vermindern, sobald es wirkliche Sicherheiten erlangt hat. Die Frage des Schiedsgerichts beurteilt Loois zustimmend. Der Gerichtshof ist notwendig, weil er die Kriegsgefahr vermindert; aber wird er sie beseitigen? Wenn ein Staat im Geheimen rüstet und das Schiedsgericht ablehnt, was wird dann die Folge sein? Loois kommt dann auf die Ereignisse des Krieges zurück. Wir müssen die wirksame Unterdrückung des Völkerbundsvertrages erlangen. Jeder Angriff sollte die Solidarität der Völker festigen. Bietet nicht die Erlaubnis zu Sonderverträgen neue Gefahren? Sie werden ausgeschaltet sein, wenn sie dem Völkerbund angezeigt und unterstellt werden müssen. Niemand war eine solche Gelegenheit wie heute, den Frieden zu verwirklichen. — Der belgische Ministerpräsident Benesch legt besonderes Gewicht auf die enge Verknüpfung der Sicherheit mit der Frage des Garantievertrages. Das Schiedsgericht verlangt Sanktionen, die festzusetzen Aufgabe des Völkerbundsrates ist. Unsere Pflicht ist es, die Aufrechterhaltung des Schiedsgerichtsvertrages, die Bearbeitung der Antworten der verschiedenen Regierungen auf den Garantievertrag und den Abrüstungsplan zu fordern.

M. Genf, 5. September. Der heutige Verhandlungstag der Völkerbundsversammlung hat in der Sicherheits- und Garantievertragsfrage bereits wichtige Anregungen gebracht. Drei wesentliche Punkte stehen zur Debatte: 1. Schiedsverfahren, 2. wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen, 3. militärische Sanktionen. Ueber die ersten beiden Punkte sind sich alle einig, nur gegen den dritten Punkt erheben die Engländer Einspruch. Nachdem die sechs Redner, die noch morgen in dieser Frage sprechen sollen, sich ebenfalls zu den drei Problemen geäußert haben, wird der dritte Ausschuß der Versammlung, der die Frage der Rüstungsbeschränkungen zu bearbeiten hat, eine Ueberprüfung der Luft finden müssen, die zwischen den Anhängern und den Gegnern der militärischen Sanktionen besteht. Man glaubt, daß diesen Einwänden gegen den Garantievertrag die Spitze abgebrochen werden könnte dadurch, daß ihm nunmehr das Schiedsverfahren angegliedert wird. Ein günstiges Ergebnis dürfte vorläufig feststehen: dem Schiedsverfahren soll eine Rolle eingeräumt werden. Die Frage, um die sich alles dreht, ist jedoch: wie der Schiedsgerichtsgedanke praktisch verwirklicht wird, wie er sich durchsetzt oder wie weit er durch militärische Bündnisse oder ein Sanktionssystem gelähmt wird.

Biligung der Rede Herriots in Frankreich

M. Paris, 6. September. Die gestrige Rede Herriots wurde in allen drahtlosen Stationen Frankreichs gehört. Sämtliche in Paris anwesenden Minister hörten im großen Saale der Hochschule der Posten und Telegraphen die Rede Herriots zur gleichen Zeit an, als sie in Genf gehalten wurde. Die Rede machte in allen politischen Kreisen Frankreichs tiefen Eindruck. Man anerkennt die Ueberzeugungskraft, mit der Herriot Punkt für Punkt auf die Rede seines englischen Kollegen geantwortet hat. Ueber zwei Dinge sind sich die beiden Ministerpräsidenten völlig einig: sie wollen mit Aufrichtigkeit den Frieden und gedenken diesen durch das Schiedsgerichtsverfahren, dem alle Länder Europas, wenn möglich, die ganze Welt unterstellt werden soll, durchzuführen. Die Auffassung Herriots, daß nach Ansicht Frankreichs die Sicherheiten und die Abrüstung ein Ganzes bilden, findet die Zustimmung aller politischen Parteien. Was Herriot betreffs Deutschlands und Russlands gesagt hat, wird in Paris mit Ausnahme der äußersten Rechten vollkommen gebilligt.

M. Paris, 6. September. (Radio.) Die Rede des französischen Ministerpräsidenten in Genf findet hier in der heutigen Morgenpresse eine ausgezeichnete Aufnahme. Besondere Erwähnung verdient eine Genfer Korrespondenz, des Quotidien, in der es u. a. heißt, daß Herriot auf Grund der Umtriebe der deutschen Nationalisten, die sich fortgesetzt bemühen, seine Erklärungen falsch auszuliegen, recht verbittert ist. Der Korrespondent hebt hervor, daß insbesondere die Versicherungen des französischen Ministerpräsidenten über die Zulassung Deutschlands keineswegs eine Abwechslung bedeutet haben, sondern die ganze französische Delegation den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als eine im Interesse des Weltfriedens liegende Notwendigkeit betrachtet. „Die Unterhaltung, die ich mit Herriot gehabt habe — so sagt der Korrespondent wörtlich — überzeugte mich davon, daß er die fortgesetzte Steigerung des Einflusses der Monarchisten in Deutschland tief bedauert und so mehr, als Deutschland vielleicht schon in der nächsten Zeit Veranlassung nehmen wird, gewisse Gebiete zu machen, die die Aussicht auf eine Einigung, deren erstes Ergebnis die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund sein sollte, nur gefährden könnte.“ Insbesondere befürchtet Herriot eine ernste Verfestigung der allgemeinen Atmosphäre, wenn Deutschland im letzten Augenblick Gelegenheit nehmen würde, dem Ausland seine Erklärung über die Kriegsschuldfrage zu übergeben.

M. Paris, 5. September. In dem Eindruck der gestrigen Rede Macdonalds in Genf liegt eine offiziöse Hayes-Note vor, in der es heißt: Die französische Delegation hat, sobald sie in den Besitz des vollständigen Textes der Rede gelangt war, den Standpunkt des englischen Premierministers einer eingehenden Prüfung unterzogen, aus der sich ein Eindruck ergibt, der keineswegs ungünstig ist. Man hebt in der Tat hervor, daß zwischen der Auffassung Macdonalds und derjenigen der französischen Delegation kein grundsätzlicher Gegensatz besteht. Macdonald hat zu wiederholten Malen erklärt, daß die militärische Gewalt zur Sicherung des Friedens nicht ausreicht. Das sei auch die Ansicht der Vertreter Frankreichs, die aber hinzufügen, daß das Recht allein für diesen Zweck nicht ausreicht. Es dürfte nicht schwer fallen, ein Kompromiß zu finden zu dem von dem englischen Premier vertretenen Grundlag des Schiedsgerichts und einem Sakram der Unterdrückung und Sanktionen.

Die Entscheidungsschlacht an der Marne.

Wie anders war es, als wir vor wenigen Wochen den Feldzug so glanzvoll eröffneten — die bittere Entscheidung kommt jetzt nach. Und wir werden zu zahlen haben, was zerstört ist.

Helmuth v. Moltke, Brief vom 9. September 1914.

Der Verfasser dieses Briefes, der Chef der Obersten Heeresleitung in den ersten Wochen des Krieges, Generaloberst Helmuth v. Moltke, war gewiß kein Genie, am allerwenigsten im Vergleich zu den Meistern der Strategie im Sinne Cäsars und Napoleons. Aber soviel ahnte er bereits am Ende der Marne-Schlacht, daß damit die Entscheidung des Weltkrieges gefallen war. Zwar hat man das Ende desselben noch vier Jahre lang hinausgezögert, aber an der Tatsache, daß wir zu zahlen haben für alles das, „was zerstört ist“, ist nichts mehr geändert worden.

Leider sind sich die breiten Massen des Volkes erst Jahre nach der folgenschweren Schlacht bewußt geworden, was an der Marne auf dem Spiele stand. Und nur ganz dunkel vermochte man die Schwere der Entscheidung zu erkennen, die in den Tagen vom 6. bis 9. September 1914 auf den Schlachtfeldern getroffen wurde, als in gewundenen dunklen Andeutungen die Berichte der Obersten Heeresleitung erkennen ließen, daß ein Umschwung im Kriegslück der Deutschen eingetreten sei. Allmählich küstete sich das Dunkel, das seinerzeit bewußt über die entscheidenden Vorgänge im September 1914 verbreitet wurde, und heute, zehn Jahre nach der blutigen Entscheidung vor den Toren von Paris sind wir in der Lage, den vollkommenen Fehlschlag in seiner ganzen geschichtlichen Größe übersehen zu können.

Der Operationsplan des einstigen deutschen Generalstabschefs Schlieffen, der in den Jahren 1891 bis 1906 seines Amtes waltete, war von geradezu grandiosem Ausmaß. Er ging von dem Gedanken eines Zweifrontenkrieges aus und war befreit, die französische Armee in kurzem Anlauf völlig zu vernichten. Schlieffen stand mit diesem Gedanken gleich Napoleon auf dem Boden des strategischen Grundgesetzes von der „Defonomie der Kräfte“. Er war befreit, alle verfügbaren Truppen an der Stelle zu konzentrieren, wo nach seinen strategischen Plänen die Entscheidung zu fallen hatte. Im Osten Deutschlands sollten nur wenige Defensivformationen für den Westen vorgesehen werden. Da sich die offranzösische Festungskette von Belfort bis Verdun wie ein Riegel einem deutschen Frontalangriff entgegenstellte, der nur in langwierigem Stellungskampf zu bezwingen war, versuchte er die Entscheidung durch ein tollkühnes Umfassungsmanöver herbeizuführen. Er gab damit nicht nur die Neutralität Belgiens, sondern auch die Hollands preis. Schlieffen wollte den entscheidenden rechten Flügel der deutschen Umfassungsarmee so schnell wie möglich vorwärts bringen und sah darum vor, daß die Südspitze Hollands überquert werden sollte. Dann sollte dieser Umfassungsflügel bis an die Küste vorgetrieben werden, Paris umgehen, um dann die französische Armee von Süden her zu umfassen. Zu diesem Zwecke war vorgesehen, daß im Elsaß nur die zur Verteidigung notwendigen Truppen zurückbleiben sollten. Die Hauptaufgabe des Widerstands war hier dem Festungsgürtel Metz—Straßburg—Freiburg vorbehalten. Der Plan ging von dem Gedanken aus, die Franzosen nach dem Elsaß vorkosten zu lassen. Je mehr die französische Heeresleitung an der Ofgrenze Truppen konzentrierte, um so weniger Formationen standen ihr bei der Entscheidung im Herzen von Frankreich zur Verfügung.

Dieser Plan hatte unter der Leitung seines Nachfolgers, des Grafen Helmuth v. Moltke, eine Verwässerung nach allen Seiten hin erfahren. Wie weit dafür der Imperatorwahnsinn Wilhelms entscheidend war, läßt sich zunächst nicht feststellen. Daß aber ausgesprochen Moltke zum Nachfolger Schlieffens erhoben wurde, bezeugt, daß der großwahnsinnige Kaiser den Haupteinfluß auf die Gestaltung der strategischen Pläne sichern wollte. Moltke war von frühster Jugend an im Höflingsgeiste erzogen, eine unförmliche Natur, die sich der laienhaften Einwirkungen des Kaisers nicht zu erwehren mußte. Dazu kam, daß durch die Einkreisungspolitik Eduards VII. die politische Situation völlig verändert war. Zwar hatte sich England die militärische Bewegungsfreiheit bewahrt, anderseits aber stand fest, daß im Falle eines Krieges zwischen Deutschland, Frankreich und Russland England nicht Gerechtigkeit bei Fuß stehen konnte. Aus diesen Gründen war positiv damit zu rechnen, daß England Truppen landen würde, und daß diese vor allem dem linken, ans Meer angelehnten französischen Flügel eingegliedert wurden. Darum war im voraus mit stärkeren Widerständen der Umfassungsarmee zu rechnen, und es machte sich um so notwendiger, das napoleonische Geheiß von der Defonomie der Kräfte zur Anwendung zu bringen. Anstatt daß nun aber jeder verfügbare Mann dem rechten Flügel der deutschen Armee zur Verfügung gestellt wurde, die den gewaltigen Bogen von Aachen bis westlich Paris zu durchschreiten hatte, wurden mehrere Armeekorps in der strategischen Sackgasse östlich der französischen Festungskette im Elsaß konzentriert. Die strategische Idee wurde der dynastischen Prestige-politik Wilhelms geopfert, und während im Elsaß blutige